

(Czempiel) lassen sich die Überlegungen zu Reformen im sicherheits- und friedenspolitischen Bereich zusammenfassen. In seiner 1992 vorgelegten „Agenda für den Frieden“ hat Boutros-Ghali die Prävention als die eigentliche friedensstiftende Strategie herausgestellt. Freilich betonen Friedensforscher wie Völkerrechtler, daß es bei Begriffen wie präventiver Diplomatie oder präventiver Konfliktverhütung noch erheblichen Klärungsbedarf gebe. Von Experten mit Fragezeichen versehen dagegen wird das gleichfalls von Ghali in das nun breiter angelegte Spektrum von präventiven, friedensstiftenden und -sichernden Aktionen eingebrachte „robuste peace-keeping“. Konkreter noch richten sich die Reformüberlegungen aber auch beispielsweise auf Ausbildung und Ausrüstung, die das moderne „peace-keeping“ erforderlich mache, wobei auch gefragt wird, welche Staaten überhaupt mit ihren Truppen den erforderlich hohen Standards gerecht werden könnten.

Überdies setzt der Generalsekretär wie die meisten der Reformvorschläge vor dem Hintergrund der komplizierter und komplexer gewordenen Friedenssicherung auf das Prinzip *Subsidiarität*; vehement treten sie für die Stärkung der regionalen Organisationen ein. „Am Ausgang des zwanzigsten Jahrhunderts muß der exklusive Verlaß auf eine globale Organisation in einer sich immer weiter regionalisierenden, hinsichtlich der gesellschaftlichen, religiösen und politischen Werte und der daraus resultierenden politischen Kultur immer stärker differenzierten Welt als Mißverständnis gelten“ (Czempiel). Plausibilität besitzt diese Forderung in jedem Fall in einer Weltlage, die durch eine „neue Ära anarchischer Formen der Unfriedlichkeit gekennzeichnet ist“ (Theo Sommer), durch eine nach dem Wegfall des diszi-

plinierend wirkenden Ost-West-Antagonismus ganz neue Generation von Konflikten, meist mit ethno-kulturellem Hintergrund. Regionale Organisationen verfügen normalerweise über ein besseres Verständnis für die lokalen Konflikte und könnten militärisch auch schneller eingreifen.

Die Dominanz innerstaatlicher Konflikte und Auseinandersetzungen mit ethno-kulturellem Hintergrund machen es aber auch notwendig, die Definitionen von Weltfrieden, von Sicherheit und Sicherheitsbedürfnissen als Entscheidungsgrundlage der UN-Aktivitäten zu überdenken. Die „zivilen“ globalen Bedrohungen des Weltfriedens müssen in den Blick genommen werden. Unter den Terminus der „Weltgesellschaft“ faßt Czempiel die Veränderungen beim Sicherheitsbedürfnis, dessen Entmilitarisierung und Entterritorialisierung zusammen. Der UN-Generalsekretär unterstrich in seinem Tätigkeitsbereich 1994, daß Sicherheit von vielen Faktoren abhängig und die ökonomische, soziale und politische Entwicklung umgekehrt zentrale Ursache von Konflikten sei.

Für „ein neues Konzept der menschlichen Sicherheit“ plädiert auch der UNDP-Bericht 1994. Viel zu lange sei das Konzept der Sicherheit durch das Konfliktpotential zwischen Staaten bestimmt gewesen und nur unter dem Aspekt der Bedrohung der Grenzen eines Landes gesehen worden: „Für die meisten Menschen entsteht heute ein Gefühl der Unsicherheit eher aus Sorge über das tägliche Leben als aus der Furcht vor einer Weltkatastrophe.“ Dies sollte jedoch nicht überraschen – schon die Gründer der Vereinten Nationen hätten der Sicherheit von Menschen die gleiche Bedeutung eingeräumt wie der territorialen Sicherheit.

Alexander Foitzik

Endlich auf dem Reformweg?

Zur politischen und kirchlichen Situation der Ukraine

Die unabhängige Ukraine gehört flächen- und bevölkerungsmäßig zu den größten Staaten Europas, steckt aber politisch wie wirtschaftlich immer noch in enormen Schwierigkeiten. Die Lage der Kirchen hat sich inzwischen einigermaßen konsolidiert. Allerdings ist die Orthodoxie in der Ukraine nach wie vor gespalten und sind auch die Spannungen mit der griechisch-katholischen Kirche noch nicht ausgeräumt. Ökumenischer Prüfstein werden die bevorstehenden Feiern zu den Jubiläen der Union von Brest und Uschgorod sein.

Die Worte des Präsidenten klangen schön. „1995 müssen wir die Grundlage dafür legen, daß die Ukraine als hochentwickelter demokratischer Staat das dritte Jahrtausend erreicht“, ließ Leonid Kutschma zum heurigen Neujahr seine Landsleuten via Fernsehen wissen. Der ukrainische Staatsoberhaupt würdigte den friedlichen Verlauf der zahlreichen Wahlgänge des vergangenen Jahres und meinte: „Die Ukraine hat

sich endlich auf den Weg großangelegter Reformen begeben.“

Die politischen Tatsachen in der 52 Millionen Einwohner zählenden GUS-Republik sind freilich um einiges prosaischer, die sozialen Zustände um vieles trauriger. Weite Teile der Bevölkerung leben unter der offiziellen Armutsgrenze. Die Wirtschaft ist in den letzten Jahren deutlich geschrumpft

statt gewachsen. Die Inflation galoppiert nach wie vor davon: 1992 mit 1600 Prozent, 1993 mit 3100 Prozent. Für 1994 werden bessere Daten gemeldet (so wurde etwa der Produktionsrückgang in der Landwirtschaft gestoppt), von einem wirklichen Aufschwung ist das Land aber noch deutlich entfernt.

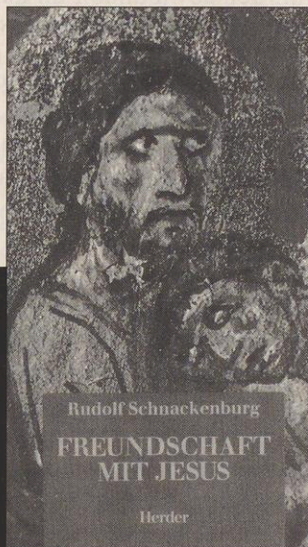
Die Zahlen allein lassen wenig von den Mühen des Alltags erahnen, mit denen die Menschen in der Ukraine heute kämpfen: Sie warten oft lange auf die ohnehin kargen Löhne. Staatlich zur Verfügung gestellte und leistbare Güter für den täglichen Bedarf sind Mangelware und von schlechter Qualität, die privat angebotenen sind gut, aber kaum erschwinglich. Ähnliches gilt für Medikamente. Es mangelt an Strom, Heizmaterial und Wasser, vor allem im Winter. Eine eigene Wohnung zu ergattern, gleicht einem Lottotreffer. Die öffentlichen Verkehrs- und Transportmittel beeindrucken dadurch, daß sie trotz ihres desolaten Zustands noch unterwegs sind. Das wenige Staatseigentum, das privatisiert wird, reißen in erster Linie jene zur eigenen Bereicherung an sich, die früher im realen Sozialismus Karriere gemacht haben. Und überall, wo Geld und Schutzgeld zu holen ist, treiben mafiose Banden ihr Unwesen.

Bisher glänzte die Ukraine nicht durch Reformeifer

Unter den Staaten der ehemaligen UdSSR zählt die Ukraine bisher zu jenen, die nicht gerade durch Reformeifer glänzen. Abgesehen von einigen regionalen Verwaltungen vor allem im Westen des Landes blieb weitgehend die kommunistische Nomenklatura im Sattel. Bei den ersten freien Parlamentswahlen im vergangenen Jahr erlangten die *Kommunisten* die klare Mehrheit, denn sie können sich auch der Unterstützung der meisten der sogenannten „unabhängigen“ Abgeordneten sicher sein (die „Unabhängigen“ sind vor allem Funktionäre lokaler Verwaltungen, Betriebsdirektoren und Kolchoscchefs). Der demokratische Block, eine Allianz mehrerer Oppositionsparteien, erreichte an die 30 Prozent, den Rest stellen einige Kleinparteien. Eine deutlichere politische Veränderung brachten 1994 die Präsidentschaftswahlen. Leonid D. Kutschma setzte sich in der Stichwahl vom 10. Juli gegen den amtierenden Präsidenten *Leonid Krawtschuk* durch. Als wichtigste Aufgabe nennt Kutschma bei seinem Amtsantritt die Bekämpfung der Wirtschaftskrise des Landes.

1993 war Kutschma als Ministerpräsident zurückgetreten, weil ihm das Parlament Sondervollmachten zur Durchsetzung der Wirtschaftsreformen nicht gewährt hatte. Auch das neue Parlament beschloß kurz nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten Einschränkungen der Privatisierung. Kutschma unterstellte daraufhin Regierung und Regionalräte seiner direkten Kontrolle. Der Wille des Präsidenten, das Reformtempo zu erhöhen, brachte ihn rasch in Konflikt mit Regierungschef *Witali Massol*, der noch von Krawtschuk auf

Leben aus der Bibel



NEU: 100 S., geb., DM 22,80
öS 178,- /SFr 22,80
ISBN 3-451-23606-0

Rudolf Schnackenburg entfaltet seine ganz persönliche Sicht und Erfahrung der Gestalt und Bedeutsamkeit Jesu: Jesu, das ist die konkrete Verwirklichung von Freundschaft in einer Person, denn in ihm wird wahr, was möglich ist an Zuneigung und Hingabe. Die Freundschaft mit Jesu zu suchen, das ist mehr als bloße Nachfolge. Es ist das mystische Hineingezogensein in die Gemeinschaft mit Gott, die Teilhabe am Leben des Absoluten.

Höre die Stimme deines Herzens



**BIBELGESPRÄCHE
IN TAIZÉ**

HERDER

Die biblischen Grundtexte und Meditationen für die wöchentlichen Treffen in Taizé. Diese Sammlung dient der Vor- oder Nachbereitung eines Taizé-Besuches wie auch der persönlichen Bildmeditation im existentiellen Stil von Taizé

NEU: 128 Seiten, Paperb.,
DM 16,80 /öS 131,- /SFr 16,80
ISBN 3-451-22774-6

In jeder Buchhandlung!

HERDER

Druck des Parlaments hin zum Ministerpräsidenten ernannt worden war. Massol war bereits von 1987 bis 1990 Ministerpräsident der damaligen Sowjetrepublik Ukraine und war zum Abtritt gezwungen worden, weil er sich gegen die Unabhängigkeit der Ukraine von der Sowjetunion ausgesprochen hatte. Er gilt als konservativer Reformbremsler.

Präsident Kutschma brachte in den letzten Monaten sukzessive seine Gefolgsleute in wichtige Regierungsposten, verzichtete aber auf eine offene Rücktrittsaufforderung an Massol. Der Konflikt eskalierte Anfang März dieses Jahres. Massol reichte aus Protest gegen den von Kutschma eingeschlagenen Reformweg seine Demission ein. Zum Übergangs-Premier wurde *Jewgeni Martuschuk* ernannt, er war zu Sowjetzeiten Chef des Geheimdienstes KGB in der Ukraine und von 1991 bis 1994 Chef der ukrainischen Sicherheitskräfte. In den nächsten Wochen wird ein Tauziehen zwischen Präsident und Parlament um eine Umgestaltung der Regierung erwartet.

Noch vor Wirksamwerden seines Rücktritts unterzeichnete Ministerpräsident Massol Anfang März nach langem Zögern ein *Reformpaket*, das zusammen mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) erarbeitet worden war. Das Reformpaket sieht massive Sparmaßnahmen des ukrainischen Staates vor, die vom IWF als Voraussetzung für die Gewährung eines Kredits in der Höhe von 1,3 Milliarden US-Dollar verlangt wurden. Der IWF-Kredit gilt seinerseits als Voraussetzung für weitere internationale Maßnahmen zur Stützung der ukrainischen Wirtschaft.

Ob die vom IWF verlangten drastischen Einsparungen im Staatshaushalt die soziale Lage entschärfen, darf bezweifelt werden. So ist etwa darin die Schließung einer Reihe unrentabler Kohlegruben vorgesehen. Im ukrainischen Bergbau mit seinem Zentrum im Donezk-Becken im Osten des Landes arbeiten 1,2 Millionen Menschen, insgesamt fünf Millionen sind den Angaben zufolge von diesem Wirtschaftszweig abhängig. Die traditionell starken Gewerkschaften der Bergarbeiter haben bereits Widerstand angekündigt. Noch dazu schuldet ihnen der Staat für 1994 Löhne, insgesamt 350 Millionen Dollar.

Internationale Hilfe großen Stils ist für Ukraine seit dem Zerfall der Sowjetunion aus mehreren Gründen rar ausgefallen; mangelnder Reformwille der Regierung, zu starke Konzentration der internationalen Aufmerksamkeit auf den „großen Bruder“ Rußland sowie das Pokerspiel der Ukraine um die ehemals sowjetischen Atomwaffen auf ihrem Gebiet. Nach langwierigen Verhandlungen unterzeichneten die USA, Rußland und die Ukraine Anfang 1994 ein Abkommen, das die Vernichtung aller 176 auf ukrainischem Territorium stationierten Interkontinentalraketen vorsieht. Die USA und Rußland erklärten sich bereit, nach einem Beitritt der Ukraine als Nichtnuklearstaat zum Atomwaffensperrvertrag Sicherheitsgarantien zu geben. Als Gegenleistung wurde der Ukraine eine Milliarde US-Dollar zugesagt.

Die Ukraine sieht nach wie vor – und nicht ganz unberechtigt, wie jüngste Debatten im russischen Parlament zeigten –

ihre Sicherheit und Souveränität durch Rußland bedroht. Daher sprechen sich Teile der Staatsführung gegen den vollen Verzicht auf Atomwaffen aus. Das Parlament stimmte zwar einer Vernichtung der Atomraketen zu, nicht aber dem Beitritt zum Sperrvertrag. Obwohl ein beträchtlicher Teil der Sprengköpfe nach Angaben Kutschmas bereits vernichtet wurde und keine der SS-24-Raketen mehr gefechtsbereit ist, blieben bisher die vereinbarten Zahlungen weitgehend aus. Verhandelt wird nach wie vor auch über ein Tauschgeschäft. Die Ukraine will an Rußland mit Atomsprenghöpfen bestückte Kampfflugzeuge abtreten und als Gegenleistung Ersatzteile und Treibstoff für die eigene Armee erhalten.

Für Tschernobyl ist immer noch keine Lösung gefunden

Das zweite „Atomproblem“, mit dem die Ukraine kämpft, heißt *Tschernobyl*, und es ist bei genauer Betrachtung viel schrecklicher als das macht- und sicherheitspolitische Tauziehen um Atomraketen. Am 26. April jährt sich zum neunten Mal der Tag, der der Welt die größte Reaktorkatastrophe bescherte. Nicht nur, daß bereits tausende Reaktorarbeiter und Soldaten, die an den Aufräumarbeiten beteiligt waren, an den Spätfolgen ihres Einsatzes gestorben sind und noch zehntausend sterben werden. Die Verstrahlung großer Gebiete in der Ukraine und in Weißrußland wird noch Jahrhunderte einen Schatten des Todes über die größte und fruchtbarste Kornkammer Europas werfen. Millionen Tonnen verstrahlten Materials wurden in der 30-Kilometer-Schutzzone um den Reaktor vergraben, die radioaktiven Stoffe drohen langfristig in die riesigen Grundwasserseen nördlich der Hauptstadt Kiew ausgewaschen zu werden. Jetzt will man in dieser Zone auch noch ein Endlager für Atommüll errichten, um nicht von russischen Endlagern abhängig zu sein. Für jene Menschen, die nach wie vor in verstrahlten Gegenden leben, werden aus Geldmangel kaum Maßnahmen zur Gesundheitskontrolle und -vorsorge getroffen. Viele Spätfolgen sind daher noch nicht abzusehen. Auch die Reaktorruine selbst bereitet große Sorgen. Der Schutzmantel aus Stahl und Beton ist brüchig geworden und droht einzustürzen. Weitere Explosionen im noch immer heißen Reaktorkern selbst werden nicht ausgeschlossen. Eine langfristige Lösung wurde auch von ausländischen Experten bisher nicht gefunden, nur eines steht fest: Die Kosten dafür werden immens sein.

Gefahr droht nicht nur vom Unglücksreaktor. Die beiden weiteren Reaktorblöcke im Tschernobyl-Meiler entsprechen bei weitem nicht mehr den internationalen Sicherheitsstandards, ebenso wie die übrigen zwölf Kernreaktoren des Landes. Für Reparaturen fehlt es meist an Geld. Nach jüngsten Informationen sind in den vergangenen zwei Jahren 8500 Kernkraft-Ingenieure aus der Ukraine abgewandert, in erster Linie nach Rußland, wo sie besser bezahlt werden. Die Zwischenfälle in den Reaktoren, die auf Bedienungsfehler

zurückgehen, häuften sich 1994, die Lage wird zunehmend kritisch. Dennoch nahm die Regierung die für Ende 1993 angekündigte Stilllegung der restlichen Blöcke von Tschernobyl nicht vor. Der Grund: permanenter Energiemangel.

Die *Energieversorgung* ist eines der Hauptthemen, die auch die Beziehungen der Ukraine zu Rußland prägen. Das Land ist von den Gas- und Öllieferungen aus Rußland abhängig, bleibt aber mit den Zahlungen immer weit im Rückstand, derzeit mit vier Milliarden US-Dollar. Noch stärker belastet ist das Verhältnis zwischen den beiden Staaten aber durch den Streit um die Schwarzmeerflotte und um die Halbinsel Krim, die als autonome Republik zur Ukraine gehört.

In der ersten Zeit nach dem Zerfall der Sowjetunion versuchte die ukrainische Führung, angetrieben durch die erstarkte Nationalbewegung, auf Distanz zu Rußland zu gehen. Moskau war das Feindbild schlechthin. Es stellte sich jedoch bald heraus, daß die wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen größer sind, als manchen lieb ist. Kutschma schlug daher nach seinem Amtsantritt als Präsident im Juli des Vorjahres einen rußlandfreundlicheren Kurs ein. In einem Anfang Februar vereinbarten Freundschaftsvertrag anerkennt Rußland – entgegen seiner bisherigen Position – den Grenzverlauf zur Ukraine. Die von Rußland verlangte Einführung einer doppelten russisch-ukrainischen Staatsbürgerschaft – sie soll vor allem den 22 Prozent Russen in der Ukraine zugute kommen – wurde auf weiteres vertagt. Die Ukraine gestattet der von Rußland dominierten Schwarzmeerflotte, bis auf weiteres in ukrainischen Häfen stationiert zu sein. Der Konflikt um die Flotte dürfte sich dennoch weiter hinziehen.

Die ukrainische Orthodoxie ist gespalten

Nach den Wirren des Umbruchs konsolidiert sich langsam auch die Lage der christlichen Kirchen. Die größte Kirche bildet nach wie vor die Orthodoxie, zu der sich drei Viertel der Bevölkerung bekennen. Ihre Kraft ist aber durch interne Spaltungen geschwächt. Als 1990 die ukrainische Nationalbewegung großen Aufschwung erhielt und Moskau zum Synonym für Fremdbestimmung geriet, kam die russisch-orthodoxe Kirche immer stärker in Bedrängnis. Das Moskauer Patriarchat reagierte mit einer Umbenennung eines ukrainischen Jurisdiktionsbereichs in „Ukrainisch-orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats“ und mit der Zuerkennung einer teilweisen Autonomie.

Die Maßnahme hatte nur bedingt Erfolg. Die 1921 gegründete „autokephale“ ukrainische orthodoxe Kirche, die während der Sowjetherrschaft verboten war und nur im Exil überlebte, faßte ab 1989 in der Ukraine wieder Fuß. Es gelang ihr, bis heute nach Regierungsangaben an die 300, nach eigenen Angaben mehr als 800 Pfarreien zu errichten bzw. für sich zu gewinnen. Im September 1993 wählten die „Autokephalen“ ein neues Oberhaupt: *Dimitri Jarema* folgte dem in den USA verstorbenen „Patriarchen“ *Mystislaw Skrypnyk*.

In der „Los-von-Moskau“-Bewegung sah auch der frühere Metropolit Filaret von Kiew seine Chance auf Machterhalt. Er war 1992 von der Ukrainisch-orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats als Metropolit abgewählt und in den Laienstand versetzt worden. Man warf ihm allzu willfährige Zusammenarbeit mit dem Sowjetregime vor. Filaret verzieh der russischen Orthodoxie auch schwer, daß nicht er als Kiewer Metropolit – wie es Tradition war – zum Moskauer Patriarchen gewählt worden war, sondern Metropolit Aleksij. Anfängliche Versuche des abgewählten Filaret, sich an die Spitze der „autokephalen“ zu setzen, schlugen fehl. So rief er mit einer Reihe von orthodoxen Bischöfen die „Ukrainisch-orthodoxen Kirche des Kiewer Patriarchats“ ins Leben. Sie zählt heute nach amtlichen Angaben an die 1900 Pfarreien.

Der orthodoxe Kirchenstreit hat *tiefe geschichtliche Wurzeln*. Der Kiewer Fürst Wladimir I. legte 988 den Grundstein für die Entstehung der russischen Orthodoxie, als er in seinem Reich das byzantinische Christentum als offizielle Religion einführte. Als die Macht der „Kiewer Rus“ im 13. Jahrhundert verfiel, stieg Moskau als neues Machtzentrum auf. Ab dem 14. Jahrhundert kam die Ukraine unter die Herrschaft Polens und Litauens. Die Kosaken starteten 1648 unter Bohdan Khmelnytsky zusammen mit den unterdrückten Bauern den Aufstand gegen die polnische Herrschaft. In seinem Bestreben, einen unabhängigen ukrainischen Staat zu schaffen, traf er 1654 ein Abkommen mit dem Moskauer Zaren, machte sich aber damit praktisch zu dessen Vasallen. 1667 wurde die Ukraine aufgeteilt, das Gebiet östlich des Dnjepr kam zu Moskau, das Gebiet westlich zu Polen. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts fiel auch der Westteil des Landes an Moskau, mit Ausnahme von Galizien, das unter die Habsburger Krone kam.

Im 19. Jahrhundert entstand auch in der Ukraine eine starke Nationalbewegung, die aber von seiten Rußlands niedergehalten wurde. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs mußte Rußland im Frieden von Brest-Litowsk die Unabhängigkeit des ukrainischen Staates anerkennen. 1920 bekamen im Bürgerkrieg die Kommunisten die Oberhand, 1922 trat die Ukraine der UdSSR bei. Nur Galizien wurde von den Polen annektiert, es fiel aber 1939 im Zuge des Hitler-Stalin-Paktes an die UdSSR.

Die „Autokephale Ukrainische Orthodoxe Kirche“ setzt ihrer eigenen Überzeugung nach heute die Tradition der Kiewer Kirche vor 1687 fort, die bis dahin vom Moskauer Patriarchat unabhängig war. Und auch die orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats versucht die Geschichte für sich zu verbuchen. Beide Kirchen sind aber von den übrigen orthodoxen Kirchen nicht als eigenständig anerkannt. Dennoch setzen sie darauf, daß ihnen langfristig die „Autokephalie“ zugestanden wird. Auch andere nationale orthodoxe Kirchen mußten mehrere Jahrzehnte warten, bis das Ökumenische Patriarchat den Tatsachen Rechnung trug, lautet ihr Argument.

Die abgespaltene ukrainische Orthodoxie rechnet dabei auch mit der traditionellen Rivalität zwischen den Patriar-

chäten von Konstantinopel und Moskau. Zum einen stand die Westukraine – Galizien, Wolhynien, Transkarpatien – bis in dieses Jahrhundert nie unter Leitung Moskaus, sondern unter der Konstantinopels: Erst durch den Hitler-Stalin-Pakt fiel dieses Gebiet der russischen Orthodoxie gleichsam zu, ohne daß von kirchlicher Seite entsprechende Akte gesetzt wurden. Zum anderen würde die kirchliche Abspaltung der Ukrainer von den Russen die zahlenmäßige Stärke und damit den Einfluß des Moskauer Patriarchats in der Weltorthodoxie schwächen.

Noch erscheint aber eine volle Unabhängigkeit für die ukrainische Orthodoxie weit entfernt. Die „Ukrainisch-orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats“ ist nach wie vor die stärkste und auch einzige anerkannte orthodoxe Kirche des Landes. Mit mehr als 5700 Pfarreien stellt sie auch die größte christliche Kirche der Ukraine. In den ersten Jahren nach der Wende fühlte sie sich von den ukrainischen Behörden und Politikern nicht nur im Stich gelassen, sondern mehr noch benachteiligt und verfolgt. Das galt besonders für die Westukraine, in der die Nationalbewegung am stärksten war und ist und die „russische“ Orthodoxie fast ganz zurückgedrängt wurde. Im Osten und Süden des Landes, in dem der Großteil der russischen Minderheit des Landes lebt, konnten die Kiew verbundenen Orthodoxen und die „Autokephalen“ nicht in dem Ausmaß Fuß fassen, denn die Russen fürchten eine „Ukrainisierung“ ihrer Kirche.

Spannungen innerhalb der griechisch-katholischen Kirche

Zweitgrößte christliche Kirche des Landes ist heute bereits die mit Rom unierte griechisch-katholische Kirche mit annähernd 3000 Pfarreien. Sie war 1946 auf Geheiß Stalins verboten und in die orthodoxe Kirche zwangsintegriert worden. Sie überlebte trotz härtester Verfolgung im Untergrund, im Dezember 1989 wurde sie wiederzugelassen. Ihr rasches Wiedererstarken geschah mit kräftiger Unterstützung der ukrainisch-katholischen Kirche im Ausland, die vor allem in den USA, Kanada, Australien und Rom beheimatet ist. 1991 kehrte der heute 80jährige Großerbischof von Lemberg, Kardinal *Myroslaw Iwan Lubatschivskyi*, aus dem römischen Exil in die westukrainische Metropole zurück.

Die Unierten nutzten die in der Verfolgungszeit erworbene Glaubwürdigkeit und Zeugnis kraft in Verbindung mit westlichem Know how und Geld, um ihre Kirche in der Ukraine wieder zu etablieren und die kirchlichen Strukturen rasch aufzubauen. Konflikte gab es zunächst vor allem mit der orthodoxen Kirche um die Rückgabe von Gotteshäusern und Gebäuden, die vor dem Verbot von 1946 der ukrainisch-katholischen Kirche gehört hatten. Heute haben sich diese Auseinandersetzungen, die in einzelnen Fällen gewalttätig abliefen, weitgehend beruhigt, auch wenn das Problem nicht in allen Pfarreien gelöst ist.

Mit manchen Spannungen sieht sich die unierte Kirche in

der Ukraine auch in ihren eigenen Reihen konfrontiert. Ihr Klerus setzt sich aus drei Gruppen zusammen: Jenen Priestern, die geheim im Untergrund tätig waren und nun öffentlich wirken können; jenen, die als orthodoxe Priester ausgebildet wurden und wirkten und nach der „Wende“ – meist samt ihrer Pfarrei – zu den Unierten übertraten; und jene, die aus dem westlichen Ausland zurückkehrten, um ihrer Heimatkirche unter die Arme zu greifen. Mentalität, Erfahrung, sowie theologischer und praktischer Ausbildungsstand sind daher unter den Priestern sehr unterschiedlich.

Weit verbreitet ist unter den byzantinischen Katholiken die Sorge, ihre Kirche werde in Liturgie, Kirchenrecht und Kirchendisziplin zunehmend „latinisiert“ und „verwestlicht“. Der Vatikan hat zu solchen Befürchtungen auch sein Scherflein beigetragen, etwa indem er den unierten Kirchen untersagte, außerhalb ihrer Stammländer Verheiratete zu Priestern zu weihen. Bei aller Verbundenheit mit Rom stehen die byzantinischen Kirchen aus ihrer Tradition her römischem Zentralismus mit deutlicher Skepsis gegenüber.

Auf manche Beschlüsse, die die ukrainisch-katholische Kirche 1992 bei ihrer ersten Synode auf heimischem Boden faßte, hat der Vatikan bisher nicht reagiert. Rom zeigt sich zurückhaltend, was den Aufbau einer unierten Hierarchie im Osten des Landes und die Errichtung eines Metropoliten-sitzes in Kiew betrifft. Ein starker Wunsch der Leitung der ukrainischen Unierten ist auch die Aufwertung des Lemberg-Großerbischofs-Sitzes zum Patriarchat. Auch hier brachten die bisherigen Verhandlungen mit Rom kaum Fortschritte.

Hauptgrund dafür ist die *ökumenische Rücksicht des Vatikans auf die Orthodoxie*. Wie in anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks hat auch das Wiederaufleben der unierten Kirche große Verstimmung auf seiten der Orthodoxen hervorgerufen. Dabei geht es sicher nicht nur um die Frage der Rückgabe von Gotteshäusern. Die Orthodoxie kann sich auch von ihrem Kirchenverständnis her schwer damit anfreunden, daß es in einem Land parallele Hierarchien des byzantinischen Ritus gibt.

Daher wird von orthodoxer Seite auch die Erstarkung der *römisch-katholischen Kirche* in der Ukraine mit gewissem Vorbehalt beobachtet. Sie war während der Sowjetzeit zwar nicht verboten, aber in ihrem Wirken eingeschränkt. Nun ist die lateinische Hierarchie wieder voll hergestellt und ausgebaut, sie zählt mehr als 300 Pfarreien, vorwiegend im Westen, aber zunehmend auch in anderen Teilen des Landes. Dem lateinischen Erzbischof von Lemberg, *Marian Jaworski*, fehlt nach wie vor eine eigene Residenz. Die lateinischen Katholiken in der Ukraine sind mehrheitlich polnischer Nationalität. Nationalistische Spannungen mit den Ukrainern waren in den letzten Jahren die Folge, sie haben sich inzwischen etwas beruhigt. Das Verhältnis zur unierten Kirche ist nach wie vor nicht friktionsfrei.

Prüfstein für die Ökumene in der Ukraine werden die Jubiläumsfeiern zu 400 Jahre Union von Brest-Litowsk und 350 Jahre Union von Uschgorod sein, die heuer und im kom-

menden Jahr stattfinden. 1595/96 stimmte unter der polnisch-litauischen Herrschaft die Mehrheit der orthodoxen Bischöfe der Ukraine und des heutigen Weißrußland der Vereinigung mit Rom zu. Mit der Uschgoroder Union nahmen 1646 die byzantinischen Ruthenen und Slowaken im damals habsburgischen Ober-Ungarn die Kirchengemeinschaft mit Rom auf. Die Unionen blieben bis heute ein Stachel im Fleisch der Beziehungen zwischen katholischer und orthodoxer Kirche, für die einen Vorbild und Modell für die Einheit der christlichen Kirche, für die anderen politisch erpreßter Abfall von der Mutterkirche.

Auch Kardinal Lubatschiwskyj ruft immer wieder zu Einheit und Versöhnung auf. Die Bischofssynode der ukrainisch-katholischen Kirche faßte den Plan, die Unions-Jubiläen für eine „Informations- und Bildungsoffensive“ über die eigene Kirche zu nützen. Sie soll den Ukrainern die historischen Hintergründe, das wechselhafte Schicksal und die heutige Bedeutung der Unionen vor Augen führen. Die Unionen seien das „zweitwichtigste kirchliche Ereignis in diesem Raum“ nach der Christianisierung durch die Kiewer Rus gewesen, hielt die Bischofssynode fest.

Was auf theologischer Ebene klar und einleuchtend klingt und auch ist, stellt sich im *Alltag* allerdings ungleich schwieriger dar. So kritisiert etwa die orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats nach wie vor, daß die Unierten auch außerhalb ihres Stammgebietes Galizien und Transkarpaten Pfarreien einrichten, etwa in Kiew, in der Ostukraine und auf der Krim. Auch goutiert die Moskauer Seite nicht, daß die unierten Kirchenoberen ohne große Vorbehalte Kontakte zu den Orthodoxen des Kiewer Patriarchats und zu den „Autokephalen“ knüpfen, die von der Weltorthodoxie nicht anerkannt sind.

Tatsache ist allerdings auch, daß es in den letzten Monaten zu vermehrten Kontakten und ökumenischen Begegnungen zwischen den Kirchen der Ukraine gab. Auch auf regionaler und lokaler Ebene entstehen laufend gemeinsame Initiativen. So besteht seit zwei Jahren eine ukrainische Bibelgesellschaft, an der neben Orthodoxen, Katholiken und Lutheranern auch Adventisten, Baptisten und evangelikale Gruppen beteiligt sind. Sie konnte bereits 1,5 Millionen Exemplare der Heiligen Schrift absetzen und plant eine Verbesserung der Übersetzung der Bibel in das zeitgenössische Ukrainisch.

Trotz aller Verwicklungen erscheinen die Kirchen als jene Kräfte, die zwischen Sowjet-Nostalgie auf der einen und Verfall in puren Materialismus auf der anderen Seite Wege eines geistigen und gesellschaftlichen Aufbruchs legen können. So hat etwa die unierte Kirche bereits Aus- und Weiterbildungsstätten für ihre Priestern, (Religions-)Lehrer und auch Laien geschaffen. Gerade auf dem Sektor der religiösen und gesellschaftspolitischen Bildung herrscht enormer Nachholbedarf. Ein starker Hoffnungsschimmer ist auch die *Caritas*. So studieren derzeit rund 150 Jugendliche aus verschiedenen Kirchen an einer katholischen Ausbildungsstätte für Caritas- und Sozialarbeit. An Arbeitsfeldern mangelt es den Caritas-Organisationen schon derzeit nicht: Drogensüchtige, Straßenkinder, „Tschernobyl“-Kinder, alte und kranke Menschen, verarmte Familien mit vielen Kindern sind jene, die ihre Hilfe am nötigsten haben.

Eines ist allen christlichen Kirchen inzwischen klar geworden: Verschenden sie ihre Energien weiterhin für Positionskämpfe untereinander, nützt dies vor allem den Sekten. Und an Sekten mangelt es in der Ukraine gegenwärtig in keiner Weise.

Josef Pumberger

Kurzinformationen

Vatikanische Beiträge beim UN-Weltsozialgipfel in Kopenhagen

In einem Redebeitrag beim Weltgipfel für soziale Entwicklung der Vereinten Nationen, der vom 6. bis zum 12. März in Kopenhagen stattfand, setzte sich Kardinalstaatssekretär *Angelo Sodano* für die Orientierung an einem umfassenden, nicht nur politische und wirtschaftliche, sondern auch ethische und religiöse Dimensionen einschließenden Begriff sozialer Entwicklung ein (*Osservatore Romano*, 13.-14. 3. 95). Soziale Entwicklung sei im übrigen nur

auf der Basis der Beteiligung aller Menschen möglich. Wenn von einer Regierung getroffene Maßnahmen nicht von einer breiten Unterstützung der Zivilgesellschaft begleitet würden, hätten sie wenig Nutzen. Es sei daher nötig, daß der „Gemeinschaftssinn“ wiedergefunden werde, der „Sinn für Solidarität“. Die Tatsache, daß zahlreiche *Nichtregierungsorganisationen* in Kopenhagen anwesend waren, deutete er als Hinweis darauf, daß viele Menschen sich diesen Sinn für Solidarität durchaus bewahrt hätten. Der Leiter der Vatikandelegation, der Sekretär des Päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden, Monsignore *Diar-*

muid Martin, ging in Kopenhagen auf den Zusammenhang von *Armut und Wirtschaftssystem* ein (*Osservatore Romano*, 9. 3. 95). Die Effektivität des Wirtschaftssystems im Bemühen, den Bedürfnissen der Armen gerecht zu werden, müsse ständig evaluiert werden: „Ein Wirtschaftssystem, das erhebliche Teile der Nation oder einer Gemeinschaft dazu verurteilt, am Rande zu stehen, sie nicht in die Lage versetzt, ihre Fähigkeiten in Gesellschaft und Wirtschaft einzubringen, läßt diese Personen im Stich“. Nicht nur in ethischer, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht müsse am Sinn eines solchen Wirtschaftssystems gezweifelt